

Cramer, Ulrich

Article — Digitized Version

Zur Messung struktureller Arbeitslosigkeit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Cramer, Ulrich (1979) : Zur Messung struktureller Arbeitslosigkeit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 59, Iss. 3, pp. 130-134

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135295>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Messung struktureller Arbeitslosigkeit

Ulrich Cramer, Nürnberg

Die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit ist sicherlich nicht nur konjunkturell bedingt. In welchem Umfang sie aber durch strukturelle Faktoren bestimmt wird, ist schwer zu quantifizieren. Dies zeigt der folgende Artikel.

Angesichts der nunmehr seit etwa fünf Jahren anhaltenden Unterbeschäftigung verfestigt sich in der Öffentlichkeit die Meinung, daß die gegenwärtige Arbeitslosigkeit kein Konjunkturproblem mehr sei und deshalb auch nicht in kurzer Frist überwunden werden könne. Ursächlich für die Arbeitsmarktprobleme seien vielmehr vor allem:

- Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung, die durch die Aufgabe des Systems fester Wechselkurse zu Anfang der 70er Jahre und den damit verbundenen „Strukturwandel“ der deutschen Wirtschaft hervorgerufen wurden,
- das im internationalen Vergleich zu hohe deutsche Lohnniveau und die im nationalen Rahmen zu hohen Mindestlöhne („Mindestlohn-Arbeitslosigkeit“),
- vermehrte Freisetzung insbesondere im Angestelltenbereich durch verstärkte Rationalisierungsbemühungen („technologische Arbeitslosigkeit“),
- die qualitative Zusammensetzung der Arbeitslosen („Facharbeitermangel“),
- die ungleichmäßige regionale Verteilung der Arbeitslosen mit den vollbeschäftigungsähnlichen Verhältnissen in Baden-Württemberg und Hessen sowie einer starken Konzentration der Arbeitslosigkeit in bestimmten Regionen („Nord-Süd-Gefälle der Arbeitslosigkeit“),
- die Arbeitslosen selbst, die gar nicht arbeiten wollten („freiwillige Arbeitslosigkeit“).

Definitionsprobleme

All dies schwingt mehr oder weniger mit, wenn in der Öffentlichkeit von „Strukturproblemen“ und „struktureller Arbeitslosigkeit“ die Rede ist, stellt aber keine geeignete definitorische Basis zu ihrer Quantifizierung dar. Gerade im Hinblick auf gezielte wirtschaftspolitische Aktionen scheint ein

alles umfassender weiter Begriff von „struktureller Arbeitslosigkeit“ ungeeignet. Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) hat sich deshalb bei seiner Definition von struktureller Arbeitslosigkeit auf den Arbeitsmarkt selbst beschränkt und den Begriff auf „Merkmals- und Strukturdiskrepanzen zwischen Arbeitslosen und angebotenen Arbeitsplätzen“ eingeengt¹⁾. Die zuerst genannten Ursachenkomplexe (Strukturwandel, Mindestlohn-Arbeitslosigkeit und technologische Arbeitslosigkeit) führen im Rahmen dieser Definition nur insoweit zu struktureller Arbeitslosigkeit, wie sie Arbeitskräfte freisetzen und neue Arbeitsplätze schaffen und die freigesetzten Arbeitskräfte und die neuen Arbeitsplätze nicht mehr zueinander passen; sie führen aber nicht zu struktureller Arbeitslosigkeit, wenn sie ein eher globales Arbeitsplatzdefizit hervorrufen.

Ein neuer Akzent in der Diskussion um strukturelle Arbeitslosigkeit ist außerdem dadurch entstanden, daß das Ungleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt nun schon über einen sehr langen Zeitraum anhält: Die zu Beginn der Krise 1974/75 freigesetzten Kräfte machen nicht mehr die heutigen Arbeitslosen aus, sondern sind seitdem mehrmals „umgeschlagen“ worden, um einen Begriff aus der Lagerhaltungsstatistik zu verwenden, indem bei weitgehend unverändert hohen Jahresdurchschnittsbeständen Monat für Monat zwischen 200 000 und 300 000 Personen zum ersten oder wiederholten Male arbeitslos wurden bzw. die Arbeitslosigkeit beenden konnten. Dieser Umschlagprozeß ist natürlich nicht ohne Einfluß auf die qualitative Zusammensetzung der Arbeitslosen geblieben. Weil der Bestand mehrmals „ausgesiebt“ wurde, sammeln sich unter den Arbeitslosen immer mehr Personen, die nur noch schwer vermittelbar sind.

Für diesen Prozeß hat sich der Begriff „Strukturalisierung“ durchgesetzt, der von struktureller Arbeitslosigkeit logisch dadurch abzugrenzen ist, daß

Ulrich Cramer, 32, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg.

¹⁾ Vgl. Autorengemeinschaft: Zum Problem der „strukturellen Arbeitslosigkeit“, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB) 1/1976.

er eine Folge und keine Ursache der lang andauernden Arbeitslosigkeit kennzeichnet. In der Öffentlichkeit wird jedoch dieser Unterschied meist nicht gesehen, und es fragt sich auch, ob er im Hinblick auf ausschließlich wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen überhaupt relevant ist: Eine große Gruppe von Personen unter den Arbeitslosen mit deutlich chancenmindernden Eigenschaften erschwert auf jeden Fall den Abbau der Arbeitslosigkeit und erfordert eher sozial- als wirtschaftspolitische Maßnahmen. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Gruppen nun die Ursache für einen großen Teil der Arbeitslosigkeit sind oder ob sie selbst die Folge einer langen Arbeitslosigkeitsperiode sind.

Aus diesem Grunde werden im folgenden Meßansätze für das Ausmaß von struktureller Arbeitslosigkeit beschrieben, bei denen die zugrundeliegende Definition von struktureller Arbeitslosigkeit so weit gefaßt ist, daß auch Folgewirkungen der Arbeitslosigkeit selbst im Sinne der Strukturalisierung mit eingeschlossen sind.

Wenig aussagefähige Bestandvergleiche

Der naheliegendste Meßansatz zur Quantifizierung von struktureller Arbeitslosigkeit scheint der Vergleich zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen anhand einiger als wesentlich geltender Merkmale, wie z. B. Qualifikation, Beruf, Arbeitszeit und regionale Verteilung, zu sein. Als Statistik würden sich dazu die zur Zeit zweimal jährlich von der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführten Strukturuntersuchungen von Arbeitslosen und offenen Stellen anbieten. Gegen ein solches Vorgehen sprechen jedoch einige gewichtige Gründe:

Erstens werden offene Stellen nicht ausschließlich durch Arbeitslose besetzt, sondern zu einem großen Teil auch durch bisher schon Erwerbstätige oder Personen, die nach einer Ausbildung oder z. B. einer längeren Hausfrauentätigkeit wieder oder zum ersten Mal erwerbstätig werden. Zweitens werden mehr als die Hälfte der offenen Stellen den Arbeitsämtern nicht gemeldet: Wesentliche Teile auf der Angebots- und Nachfrageseite sind also statistisch nicht erfaßt, so daß ein Vergleich zwischen Arbeitslosen und offenen Stellen auch nicht sehr aufschlußreich sein kann. Drittens scheint überhaupt angesichts der großen Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt ein statisch orientierter Vergleich von zwei Bestandsgrößen nicht angebracht zu sein, da doch viele offene Stellen allein durch kettenähnliche Fluktuationsprozesse entstehen: Ähnlich wie eine freiwerdende Wohnung einen ganzen Prozeß von Umzügen und zwischenzeitlich wiederum freistehenden Wohnungen auslösen kann, so kann auch die Besetzung einer offenen Stelle durch einen bisher anderweitig Beschäftigten weitere offene Stellen in der Zukunft

hervorrufen. Diese Überlegung macht schon deutlich, daß ein großer Teil der offenen Stellen einfach auf eine immer stattfindende und auch notwendige Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen ist.

Welches Ausmaß diese Fluktuation hat, wird daran deutlich, daß die Sozialversicherungsträger für 1977 fast 6 Mill. Einstellungen (und etwa ebenso viele Entlassungen) gezählt haben. Ein großer Teil davon wurde offenbar mit Hilfe der Arbeitsämter abgewickelt, die 1977 knapp 2,2 Mill. Zugänge an offenen Stellen zu verzeichnen hatten. Hält man eine Bearbeitungszeit von durchschnittlich zwei bis drei Wochen für angemessen, dann ergibt sich allein aus friktionellen Gründen ein Durchschnittsbestand von 85 000 bis 127 000 offenen Stellen, so daß bei einem vorhandenen Bestand an offenen Stellen von rund 230 000 nur 100 000 bis 150 000 Stellen übrig bleiben können, die offenbar deshalb nicht besetzt werden, weil keine geeigneten Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Die Vorstellung, daß bei einem Arbeitslosenbestand von 1 Mill. Personen eigentlich gar keine offenen Stellen vorhanden sein dürften, ist zwar auf den ersten Blick naheliegend, bei genauerem Hinsehen aber einfach falsch.

Laufzeit der offenen Stellen

Im Sinne der zuletzt angestellten Überlegungen bietet sich die Verweildauer oder Laufzeit von offenen Stellen als Indikator für Besetzungsschwierigkeiten geradezu an. Leider kann man aus den Zugangs- und Bestandsdaten nur die durchschnittliche Laufzeit von offenen Stellen, die in größeren Zeiträumen (z. B. in einem Jahr) aus dem Bestand an offenen Stellen ausgeschieden sind, berechnen, nicht aber die Verteilung der Laufzeiten selbst. Für die Jahre 1970 bis 1978 wird die Entwicklung der durchschnittlichen Laufzeit von offenen Stellen in Tabelle 1 wiedergegeben. Sie hat sich danach angesichts der 1974/75 freigesetzten Arbeitskräfte erheblich reduziert und ist seitdem bei nur geringfügig vermindertem Arbeitslosenbestand wieder leicht gestiegen.

Tabelle 1
Durchschnittliche Laufzeit der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen

Jahreszeitraum	durchschnittliche Laufzeit (in Monaten)
1970	3,07
1971	2,65
1972	2,43
1973	2,38
1974	1,61
1975	1,28
1976	1,23
1977	1,27
1978	1,46

Auflagen der Kartellbehörden zu Rationalisierungskartellen

Von Dr. Ingo Holland

1977. LIX, 255 Seiten, kartoniert DM 96,—

(= Schriften zum Wirtschafts-, Handels-, Industrie-recht. Hrsg. von Prof. Dr. Dr. Rudolf Lukes. Band 17)

ISBN 3 452 18229 0

Die Auflagenpraxis der Kartellbehörden ist umfangreich und vielgestaltig. Bei nahezu allen Erlaubnisentscheidungen zu Rationalisierungskartellen werden mehrere Auflagen mit teilweise einschneidenden Verpflichtungen erteilt. Ihre Anordnungen erfolgen so zahlreich, daß sie sich im Rahmen der behördlichen Kartellaufsicht zu einer verwirrenden Vielfalt entwickelt haben.

Die vorliegende Untersuchung analysiert die Auflagen in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht. Zunächst wird durch ihre Systematisierung eine Übersicht über die verschiedenen Auflagenarten, ihre Häufigkeit und die Gesichtspunkte ihrer Erteilung erstellt. Dabei wird ein System entwickelt, in das sich alle bisher ergangenen Auflagen einordnen lassen. Auf dieser Grundlage erfolgen die rechtliche Überprüfung und Zuordnung der verschiedenen Rechtsgrundlagen für die einzelnen Auflagenarten, wobei die behördlichen Befugnisse teilweise umfassender ausgelegt werden, als bisher angenommen wurde. Einschränkungen ergeben sich für die Kartellbehörden lediglich aus der Beachtung der Begründungs- und Publizitätspflichten des GWB einerseits und der Anwendung der allgemeinen Grundsätze des Verwaltungs- und Verfassungsrechts andererseits. Insgesamt zeigt sich, daß auch bei erweiterten behördlichen Befugnissen eine rechtsstaatlich einwandfreie Auflagenanordnung in den Grenzen der Kartellaufsicht möglich und durchführbar ist.



Carl Heymanns Verlag
Köln Berlin Bonn München

Hierfür sind zwei Ursachen denkbar: Einmal zunehmende Schwierigkeiten bei der Besetzung der Stellen („strukturelle Arbeitslosigkeit“) und zum zweiten eine Verlagerung der Struktur der offenen Stellen von weniger dienstleistungsintensiven zu dienstleistungsintensiveren Berufen und Wirtschaftszweigen. Eine Abgangsstichprobe von offenen Stellen im Herbst 1977 hat nämlich gezeigt, daß für derartige Berufe und Wirtschaftszweige wesentlich längere Laufzeiten der Stellen typisch sind, weil bei ihnen offenbar zeitintensivere Such- und Auswahlverfahren eine größere Rolle spielen²⁾. Vergleicht man zudem die zeitliche Entwicklung der Zugänge an offenen Stellen nach Wirtschaftszweigen, dann findet man seit 1976 deutliche Rückgänge im verarbeitenden Gewerbe und dafür leichte Zunahmen bei den dienstleistungsintensiven Wirtschaftszweigen.

„Problemgruppen“ unter den Arbeitslosen

Solange die Zahl der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen nicht wesentlich ansteigt³⁾, bleibt eine Einbeziehung der Nachfrageseite in Meßansätzen zur strukturellen Arbeitslosigkeit insofern unbefriedigend, als nicht mehr „strukturell“ Arbeitslose gemessen werden können, als es offene Stellen gibt. Will man aber Anhaltspunkte darüber gewinnen, wie leicht eine in der Zukunft entstehende zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften die Arbeitslosigkeit abbauen könnte — und gerade diese Fragestellung interessiert den Wirtschaftspolitiker —, dann bleibt nur übrig, sich die Zusammensetzung der Arbeitslosen auf mögliche „Problemgruppen“ hin anzusehen, die einmal den Abbau der Arbeitslosigkeit erschweren könnten.

Im Rahmen der zweimal jährlich von der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführten Sonderuntersuchungen über Arbeitslose wird u. a. auch festgestellt, wie viele Arbeitslose wegen

- ihres Alters,
- ihres Gesundheitszustandes,
- ihrer Ausbildung und
- der von ihnen gewünschten Arbeitszeit verminderte Vermittlungschancen haben.

In Tabelle 2 werden die prozentualen Anteile dieser vier Problemgruppen an den Arbeitslosen insgesamt für den Zeitraum 1973 bis 1978 zusammengestellt. Eine einheitliche Entwicklung zeigt sich dabei bei Arbeitslosen, die 55 Jahre und älter sind, gesundheitliche Einschränkungen aufweisen oder Teilzeitarbeitsplätze suchen: Die Anteile dieser drei Gruppen sind vom letzten Vorrezessions-

²⁾ Vgl. U. Cramer, R. Leupoldt: Laufzeit und Besetzung von offenen Stellen. Ergebnisse einer Abgangsstichprobe, in: MITAB 4/1978.

³⁾ Solch ein Anstieg könnte aufgrund einer stärkeren Nachfrage nach Arbeitskräften überhaupt oder infolge von Verhaltensänderungen der Arbeitgeber, nach denen diese alle freien Stellen den Ämtern anzeigen, auftreten.

jahr 1973 bis zum Höhepunkt der Krise 1975 zunächst deutlich zurückgegangen und erst danach wieder angestiegen. Der Anteil der Gruppe der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung nimmt dagegen von 1973 bis 1975 zu, geht dann von 1975 bis 1976 erheblich zurück, um danach wieder leicht anzusteigen.

Tabelle 2
„Problemgruppen“ unter den Arbeitslosen
(in % an den Arbeitslosen insgesamt)

Anteil der Arbeitslosen	Ende September					
	1973	1974	1975	1976	1977	1978
ohne abgeschlossene Berufsausbildung	52,0	54,4	58,1	52,3	53,2	54,4
55 Jahre und älter	20,2	11,4	10,2	11,8	11,8	13,4
mit gesundheitlichen Einschränkungen	31,9	23,5	20,2	24,9	26,8	29,4
mit Wunsch nach Teilzeitarbeit	20,4	16,8	15,3	17,9	19,1	20,6

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA).

Daraus ergibt sich folgendes Gesamtbild: Vor Beginn der Rezession war der – in absoluten Zahlen niedrige – Arbeitslosenbestand durch vergleichsweise hohe Anteile älterer, gesundheitlich eingeschränkter und nur für einen Teil der üblichen Arbeitszeit zur Verfügung stehender Personen geprägt. Die starke Nachfrage nach Arbeitskräften zu Beginn der 70er Jahre hatte also nur wenige Arbeitslose zurückgelassen, die nicht so begehrt waren. Die umfangreichen Freisetzungen 1974/75 trafen dann alle Erwerbspersonen gleichmäßig, so daß sich Arbeitslosen- und Beschäftigtenstrukturen wieder annäherten. Angestellte wurden zu Beginn der Rezession zunächst gehalten und erst 1976 in stärkerem Umfang entlassen: Nur so ist der Anstieg des Anteils der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Berufsausbildung bis 1975 und der starke Rückgang dieser Gruppe von 1975 bis 1976 zu erklären. Seit 1975/76 setzt dann der schon

Tabelle 3
Arbeitslose mit mindestens einer oder mehreren chancenmindernden Eigenschaften ¹⁾
(in absoluten Zahlen und in % aller Arbeitslosen)

Arbeitslose mit ...	Ende September		
	1975	1977	1978
mindestens einer der oben angeführten Eigenschaften	741 830 (73,7 %)	670 685 (73,6 %)	660 282 (76,4 %)
mindestens zweier der oben angeführten Eigenschaften	273 783 (27,2 %)	271 555 (29,8 %)	278 286 (32,2 %)
mindestens dreier der oben angeführten Eigenschaften	57 374 (5,7 %)	53 764 (5,9 %)	59 633 (6,9 %)
alle oben angeführten Eigenschaften	6 039 (0,6 %)	5 468 (0,6 %)	6 050 (0,7 %)

¹⁾ Ohne abgeschlossene Ausbildung, mit gesundheitlichen Einschränkungen, älter als 55 Jahre, mit Wunsch nach Teilzeitarbeit.

oben beschriebene Strukturalisierungsprozeß ein: Die Anteile der Problemgruppen erhöhen sich ständig und erreichen – allerdings bei einem viel höheren Arbeitslosenniveau – 1978 teilweise schon die Werte von 1973.

Es ist schwer abzuschätzen, welches Ausmaß diese Strukturalisierungstendenz tatsächlich hat, da einerseits im Einzelfall die vier aufgelisteten Merkmale für sich genommen noch gar keine Chancenminderung bedeuten müssen und andererseits weitere Eigenschaften, die auf Karteikarten nicht zu erfassen sind, die individuellen Chancen dieser Arbeitslosen erheblich beeinträchtigen können. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang Tabelle 3, der zu entnehmen ist, wie stark die einzelnen Merkmale individuell konzentriert auftreten ⁴⁾: Die „Vereinigungsmenge“ für die vier Merkmale, d. h. mindestens eines der vier Merkmale ist vorhanden, umfaßt immerhin gut drei Viertel aller Arbeitslosen und ist anteilmäßig von 1975 bis 1978 leicht gestiegen, in absoluten Zahlen aber dennoch um gut 80 000 Personen zurückgegangen. Der harte Kern der Arbeitslosen dürfte aber mehr in den Gruppen mit mindestens zwei oder drei Problemeigenschaften zu suchen sein. Wie man sieht, hat dieser Personenkreis zwar anteilmäßig deutlich, in absoluten Zahlen aufgrund des leichten Rückgangs der Arbeitslosigkeit zwischen 1975 und 1978 jedoch kaum zugenommen. Maximal wären diesem harten Kern unter den Arbeitslosen etwa 280 000 Personen zuzurechnen.

Der Bermansche Maßansatz

Ein weiterer Versuch, strukturelle Arbeitslosigkeit zu messen, basiert auf einem Ansatz der Amerikanerin Berman ⁵⁾ und stellt ebenfalls auf die individuellen Chancen der Arbeitslosen ab: In einer Art Simulationsrechnung wird die Verteilung der bis zu einem Stichtag erlebten Dauer der Arbeitslosigkeit mit einer hypothetischen Dauer verglichen, die sich ergeben hätte, wenn Monat für Monat die Abgangsmöglichkeiten aus der Arbeitslosigkeit so verlost würden, daß jeder Arbeitslose dieselben Chancen hätte, seine Arbeitslosigkeit zu beenden. Auch in einem solchen theoretischen Modell wird es Arbeitslose geben, die länger als ein halbes oder sogar ein Jahr arbeitslos bleiben, einfach weil sie Monat für Monat beim Auslosen Pech haben. Der Unterschied hypothetischer und empirischer Verteilung der Dauer der Arbeitslosigkeit ist dann ein Indikator für die Ungleichheit der Abgangswahrscheinlichkeiten (Chancen) unter den Arbeitslosen.

⁴⁾ Eine ausführliche Analyse dieser Problematik erscheint demnächst von W. Karr: Zur Strukturalisierung der Arbeitslosen, in: MittAB 2/1979.

⁵⁾ B. Berman: Alternative Measures of Structural Unemployment, in: A. M. Ross (Hrsg.): Employment Policy and the Labour Market, Berkeley 1967; U. Cramer: Zum Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit. Ein Nachtrag zum Meßproblem, in: MittAB 2/1976.

Tabelle 4
Empirische und hypothetische Verteilung der Dauer
der Arbeitslosigkeit bei Chancengleichheit
der Arbeitslosen

(in % der Arbeitslosen am Stichtag)

Dauer der Arbeitslosigkeit (bis zum Stichtag)	Ende September							
	1975		1976		1977		1978	
	empirisch	hypothetisch	empirisch	hypothetisch	empirisch	hypothetisch	empirisch	hypothetisch
unter 1 Monat	16,4	20,3	16,6	21,0	16,0	20,5	15,7	20,3
1 bis unter 3 Monate	25,5	31,4	24,8	30,6	25,6	32,5	25,1	31,6
3 bis unter 6 Monate	21,3	22,0	17,8	21,0	18,1	21,5	17,8	21,4
6 bis unter 12 Monate	27,2	22,4	22,9	20,6	21,8	20,0	21,1	20,7
mehr als 12 Monate	9,6	3,9	17,9	6,8	18,6	5,6	20,3	6,0

Quelle: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit und eigene Berechnungen.

In Tabelle 4 werden die hypothetische und die empirische Verteilung für die Jahre 1975 bis 1978 gegenübergestellt. Danach bleibt selbst bei Chancengleichheit wegen der niedrigen monatlichen Abgangswahrscheinlichkeiten eine Gruppe von 3,9 bis 6,8 % länger als ein Jahr arbeitslos. Zieht man jetzt von den Arbeitslosen, die am jeweiligen Stichtag sechs Monate und länger arbeitslos waren, diejenigen ab, die bei Chancengleichheit ebenfalls so lange arbeitslos geblieben wären, dann erhält man diejenigen Personen, die allein wegen ihrer unterdurchschnittlichen Chancen so lange arbeitslos geblieben sind. Ende September 1978 waren das ungefähr 127 000 Arbeitslose.

Der Vorteil des Bermanschen Ansatzes liegt darin, daß durch die Erfassung des Unterschiedes zwischen individueller und durchschnittlicher Abgangswahrscheinlichkeit aus dem Arbeitslosenstatus gerade jene Personengruppe abgegrenzt wird, in der sich so viele – im einzelnen gar nicht meßbare – Problemeigenschaften vereinigen, daß eine Chancenminderung gegenüber dem Durchschnitt eintritt. Der Nachteil besteht darin, daß die durchschnittliche Abgangswahrscheinlichkeit, die die Meßbasis bildet, selbst schon von der Struktur der Arbeitslosen beeinflusst werden kann: Im Extremfall würde der Bermansche Ansatz keine strukturelle Arbeitslosigkeit anzeigen, wenn alle Arbeitslosen gleichmäßig schlechte Chancen hätten.

Weitere Indizien dafür, wie leicht sich bei entsprechend hoher zukünftiger Nachfrage nach Arbeitskräften die Arbeitslosenbestände abbauen lassen, sind die Zusammensetzung der Arbeitslosen nach Berufsgruppen und ihrer regionalen Verteilung. So errechnet man für das Jahr 1976, daß etwa zwei Drittel der Arbeitslosen Zielberufe angaben, die nur die Hälfte der Beschäftigten stellten. Im

Krisenjahr 1967 war die berufsspezifische Konzentration wesentlich größer⁶⁾: Damals konzentrierten sich zwei Drittel des Arbeitslosenbestandes auf Berufsgruppen, die nur ein Drittel der Beschäftigten ausmachten. Auch in regionaler Sicht ist die Konzentration der Arbeitslosen nicht besonders stark ausgeprägt: 50 % des Arbeitslosenbestandes kamen 1975 aus Arbeitsamtsbezirken, in denen 38 % aller Erwerbstätigen des Bundesgebietes beschäftigt waren. 1977 kam die Hälfte der Arbeitslosen aus Gebieten, die nur 36 % der Erwerbstätigen stellten.

Doch auch diese Ergebnisse sollten nicht überbewertet werden: Selbst ein stark regional oder berufsspezifisch konzentrierter Arbeitslosenbestand kann von Vorteil sein, wenn im Verlauf eines Konjunkturaufschwungs zusätzliche Nachfrage nach Arbeitskräften gerade für die vorher am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffenen Berufe und Regionen entsteht. Die Klagen über einen Arbeitskräftemangel in den als strukturstarke geltenden Bezirken Baden-Württembergs und Hessens scheinen allerdings gegen diese Hypothese zu sprechen⁷⁾.

Schlußfolgerungen

Alle dargestellten Meßansätze bleiben unbefriedigend und lassen keine sicheren Schlußfolgerungen über das *Ausmaß* struktureller Arbeitslosigkeit zu. Ursächlich hierfür sind einmal die mangelnde Transparenz auf der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes, die dadurch entsteht, daß ein großer Teil der offenen Stellen den Arbeitsämtern nicht gemeldet wird, und zweitens die Art und Weise, in der die Statistiken über Arbeitslose und offene Stellen von der Arbeitsverwaltung geführt werden: Es werden monatlich Bestände gezählt und monatlich Zugänge erfaßt, so daß die individuellen Verläufe von offenen Stellen und Arbeitslosen nicht analysiert werden können. Nur eine konsistente Fortschreibungsstatistik, die im Rahmen der vorgesehenen computerunterstützten Arbeitsvermittlung möglich wird, kann hier Abhilfe schaffen.

Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen sind aber aus der erkennbaren *Strukturalisierungstendenz* zu ziehen: Je länger ein hoher Arbeitslosenbestand toleriert wird, desto schwerer wird es, ihn zu beseitigen, weil neben einer mehr global wirkenden, wachstumsfördernden Wirtschaftspolitik gezielte arbeitsmarkt- und sozialpolitische Maßnahmen getroffen werden müssen, um die Wiedereingliederungschancen bestimmter Gruppen am Arbeitsmarkt zu verbessern.

⁶⁾ Vgl. auch Autorengemeinschaft, a. a. O., S. 73 ff.

⁷⁾ Vgl. im einzelnen dazu U. C r a m e r: Zur regionalen Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 1970. Eine Regressionsanalyse für Arbeitsamtsbezirke, in: MittAB 1/1978.